

Antrag 47/I/2025

UB Potsdam

Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

Der/Die Landesparteitag möge beschließen: Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Wehrhafte Demokratie - Bekämpfung der AfD mit allen rechtsstaatlichen Mitteln

1 Die SPD Potsdam sieht die AfD
2 als größte innerdeutsche Ge-
3 fahr für unsere Demokratie und
4 die freiheitlich demokratische
5 Grundordnung an, die mit allen
6 rechtsstaatlichen Mitteln von
7 Staat und Zivilgesellschaft be-
8 kämpft werden muss. Der Schutz
9 des Grundgesetzes und unse-
10 rer freiheitlich demokratischen
11 Grundordnung gebietet es, al-
12 le Werkzeuge der wehrhaften
13 Demokratie zur gebotenen Zeit
14 auch einzusetzen. Die gebotene
15 Zeit für die Überprüfung der
16 Verfassungswidrigkeit der AfD ist
17 jetzt. Deshalb müssen Materiali-
18 en, die auf die Verfassungswid-
19 rigkeit der AfD hindeuten durch
20 das Bundesinnenministerium
21 und die Landesinnenministerien
22 sorgfältig dokumentiert werden.
23 Zeitgleich sollte eine Prüfung
24 der Verfassungswidrigkeit vor

Einarbeitung in Leitantrag

25 dem Bundesverfassungsgericht
26 beantragt werden. Die SPD sollte
27 eine Führungsrolle darin einneh-
28 men, die AfD mit allen legitimen
29 Mitteln des Rechtsstaats zu
30 bekämpfen.

31 Wir fordern die SPD-
32 Bundestagsfraktion und ins-
33 besondere den Potsdamer
34 Wahlkreisabgeordneten Bun-
35 deskanzler Olaf Scholz, auf, sich
36 innerhalb des Bundestages und
37 der SPD-geführten Bundesregie-
38 rung für einen Antrag zur Prüfung
39 der Verfassungswidrigkeit der
40 AfD durch das Bundesverfas-
41 sungsgericht einzusetzen.

42

43 **Begründung**

44 Wie bspw. in ausführlich er-
45 läutert, ist es ein Ziel der AfD,
46 die freiheitlich demokratische
47 Grundordnung (fdGO) zu besei-
48 tigen. Sie hat eine rassistisch-
49 national völkische Ausrichtung
50 fest als Gesamtpartei verankert.

51 Damit auf sie die Voraussetzun-
52 gen für ein Parteiverbot bzw.
53 den Ausschluss aus der Parteien-
54 finanzierung aus Artikel 21 GG:
55 "Parteien, die nach ihren Zie-
56 len oder nach dem Verhalten
57 ihrer Anhänger darauf ausge-
58 hen, die freiheitlich demokrati-

59 sche Grundordnung zu beein-
60 trächtigen oder zu beseitigen [...],
61 sind verfassungswidrig.“ Anders
62 als bei den missglückten NPD-
63 Verbotsverfahren ist die Poten-
64 tialität, also dass die AfD die Mög-
65 lichkeit haben könnte, die fdGO
66 zu beseitigen, gegeben. So zei-
67 gen Umfragen, dass die AfD die
68 Möglichkeit hat, in verschiedenen
69 Bundesländern stärkste Kraft zu
70 werden. Mit den nächsten Wah-
71 len könnte es auch in ande-
72 ren Bundesländern wie Thürin-
73 gen unmöglich sein, stabile Regie-
74 rungen zu bilden.

75 *Die AfD - Eine Gefahr für uns und*
76 *unser politisches System*

77 Derzeit hat die AfD in Wahl-
78 umfragen Ergebnisse von bis zu
79 über 20% deutschlandweit. Aus
80 der Geschichte wissen wir, dass
81 eine solche Stärke in kürzester
82 Zeit verheerende Folgen haben
83 kann. So hatte die NSDAP zur
84 Reichswahl 1930, also nur weni-
85 ge Jahre vor der Machtergreifung
86 “nur” eine Stärke von ca. 20%.
87 Wir können hier auch nicht dar-
88 auf vertrauen, dass andere Par-
89 teien ihre sogenannten “Brand-
90 mauern” aufrechterhalten kön-
91 nen. Schon jetzt gibt es auf ver-
92 schiedenen politischen Ebenen

93 immer wieder Ereignisse, wo ver-
94 schiedene Parteien bei Anträgen
95 der AfD mitstimmen, ihre eige-
96 nen Anträge nur mit Hilfe von AfD
97 stimmen durchsetzen, AfD Ver-
98 treter*innen in politische Ämter
99 wählen oder die AfD vor ande-
100 ren demokratischen Parteien als
101 Partner

102 sehen. Die AfD schafft es weiter-
103 hin Themen wie die "im großen
104 Stil abschieben" Debatten im po-
105 litischen Diskurs einzubauen und
106 die demokratischen Parteien vor
107 sich her zu treiben. Außerdem se-
108 hen wir, wie rechte Narrative, wie
109 "die Grünen sind an allem Schuld"
110 in weiten Kreisen auch der kon-
111 servativen Politiklandschaft auf-
112 gegriffen werden. Solche Stim-
113 mungen können zu Einschüchte-
114 rung von Politiker*innen bis hin
115 zu deren Ermordung führen

116 Zusätzlich muss erwähnt werden,
117 dass die AfD mit einer □ Minder-
118 heit in Landtagen und im Bundes-
119 tag erheblich die demokratischen
120 Prozesse beeinträchtigen und ge-
121 fährden können. So kann bspw.
122 die Wahl von Landes- und Bun-
123 desverfassungsrichter*innen nur
124 mit einer □ Mehrheit erfolgen

125 In Thüringen haben wir gesehen,
126 wie es aussehen kann, wenn die

127 AfD versucht, die Macht an sich zu
128 reißen. Lediglich die Richter*in-
129 nen des Landesverfassungsge-
130 richt konnten den Versuch ver-
131 hindern. Doch wir müssen uns
132 die Frage stellen, was passiert,
133 wenn diese Richter*innen auf-
134 grund der Sperrminorität der AfD
135 nur noch mit deren Zustimmung
136 berufen werden können? Wer-
137 den zukünftige Entscheidungen
138 immer noch so Eindeutig gegen
139 das Vorgehen der AfD ausfallen,
140 wenn es AfD Sympathisant*innen
141 in den Gerichten gibt?

142 *Wenn nicht jetzt, wann dann? -*
143 *Mittel der wehrhaften Demokratie*
144 *nicht aus der Hand geben*

145 Grundsätzlich müssen wir uns die
146 Frage stellen: Wenn wir jetzt kei-
147 nen Antrag auf ein AfD-Verbot
148 stellen, wann sollen wir es dann
149 tun? Sollen wir darauf warten, bis
150 weitere engagierte Lehrer*innen
151 von Schulen vertrieben werden?

152 Bis noch größere Landesteile
153 über Thüringen, Sachsen und
154 Brandenburg für unsere Mitmen-
155 schen nicht mehr begehbar sind,
156 da sie Angst vor Angriffen und
157 Anfeindungen haben müssen?
158 bis Schlägertruppen der AfD
159 nicht nur auf Instagram posieren
160 und Angst verbreiten sondern

161 wirklich in Aktion treten und
162 Mitmenschen angreifen und ver-
163 letzen? bis durch die aufgehetzte
164 Stimmung weitere (politische)
165 Morde passieren? Bis die AfD ein
166 Landesparlament länger als eine
167 halbe Woche lahmlegt und es
168 schafft, die Macht im Parlament
169 an sich zu reißen? Bis die AfD
170 tatsächlich an einer Landesre-
171 gierung beteiligt ist? Warten bis
172 durch die Diskussion über die so-
173 genannte "Remigration" wirklich
174 zur Deportation und Vertreibung
175 von Mitmenschen führt?

176 *Wovor haben wir Angst? - Argumen-*
177 *te gegen Verbotsverfahren entkräf-*
178 *ten - An die Spitze der vielfältigen*
179 *demokratischen Bewegung stellen*

180 Eines der Hauptargumente ge-
181 gen ein Verbotsverfahren scheint
182 zu sein, dass die anstehenden
183 Wahlen dadurch schlecht laufen
184 könnten, wenn wir uns auf diese
185 Weise entschieden gegen rechts
186 stellen und unsere Demokratie
187 verteidigen [vgl.

188 Doch wir haben gesehen, wie vie-
189 le Menschen auf die Straße ge-
190 hen, wenn es darum geht ge-
191 gen Rechts und gegen die AfD
192 auf die Straße zu gehen Viele da-
193 von erwarten von uns, dass wir
194 uns als Parteien an die Spitze

195 dieser Bewegung stellen und un-
196 sere Aufgabe wahrnehmen, das
197 Verbotsverfahren zu beantragen.
198 Vielleicht hätte das also auch ei-
199 nen positiven Effekt auf Wahler-
200 gebnisse! Lasst es uns wagen das
201 Richtige zu tun und dadurch die
202 Wähler*innen von uns zu über-
203 zeugen!

204 Auch, dass sich die AfD als Opfer
205 inszenieren könnte, ist kein Argu-
206 ment gegen ein AfD Verbotsver-
207 fahren. Die AfD würde immer We-
208 ge finden, dies zu tun. Teilweise
209 wird argumentiert, dass das Ver-
210 botsverfahren keinen Effekt ha-
211 ben würde, da ehemalige Par-
212 teimitglieder schnell wieder eine
213 neue Partei gründen würden. Al-
214 lerdings geht mit einem Verbot
215 auch das Verbot aller Nachfolge-
216 organisationen einher. Die orga-
217 nisierte Verbreitung rechten Ge-
218 dankenguts würde geschwächt
219 werden.

220 Wir sollten in jedem Fall auch die
221 AfD politisch bekämpfen. Wir ha-
222 ben aber bisher gesehen, dass
223 dies fast keine Auswirkungen hat
224 bzw. unser Aufgreifen von rech-
225 ten Scheinproblemen zur Stär-
226 kung der AfD führen kann und
227 führt.

228 Die lange Dauer eines Ver-

229 botsverfahren kann jedenfalls
230 kein Grund für dessen Nicht-
231 Durchführung sein. Es sollte
232 doch eher ein Argument sein,
233 das Verbotsverfahren so schnell
234 wie möglich zu beginnen, bevor
235 es zu spät ist.